



Dr. Angelika Claußen
ist Ko-Präsidentin der
Europäischen IPPNW.

Die Nordkoreakrise zeigt:
Der Atomwaffenverbotsvertrag ist
wichtiger denn je! Im Juli 2017
testete Nordkorea erstmalig er-
folgreich seine Langstreckenrakete
Hwasong-I4, die eine Reichweite
von über 5.500 km hat und ameri-
kanisches Kernland erreichen kann.

Das politische Ziel der USA seit dem Waffenstillstand 1953, der völlige Verzicht Nordkoreas auf Atomwaffen und eine Wiedervereinigung unter der Federführung Südkoreas, hat sich als unrealistisch herausgestellt. In dieser hoch angespannten Situation drohen beide Seiten mit Eskalationsschritten. Trotz Drohungen aus Pjöngjang führen die USA und Südkorea ihre gemeinsamen Militärmanöver fort. Bei einem militärischen Eingreifen der USA müsste mit mindestens hunderttausenden Todesopfern gerechnet werden. Etwa die Hälfte von Südkoreas Bevölkerung und viele US-Soldaten mit ihren Familien leben in der Metropolregion von Seoul, das in Reichweite nordkoreanischer Artillerie liegt. Und eine Detonation nordkoreanischer Atombomben könnte einen Atomkrieg entfesseln.

Welche realen friedenspolitischen Handlungsoptionen gibt es in dieser schrecklichen Lage? Der erste Schritt wäre wohl, dass die USA die Realität anerkennen, dass Nordkorea eine Atommacht ist. Der nächste Schritt wäre, dass die USA ihr nachhaltiges Interesse an gemeinsamen diplomatischen Verhandlungen mit China, Russland, Südkorea und Japan erklären mit dem Ziel, langfristig auf die offizielle Beendigung des Kriegszustandes und auf einen Friedensvertrag hinzuarbeiten. Kurzfristig und realpolitisch könnten Ziele der diplomatischen Gespräche sein, sich auf Rüstungskontrolle zu orientieren und den Versuch zu unternehmen, den Atomwaffenbestand auf dem aktuellen Niveau einzufrieren. Die Bereitschaft der südkoreanischen Regierung zum Dialog mit Nordkorea muss dabei aufgenommen werden. Auch China hat seine Bereitschaft zu Verhandlungen erklärt.

Die Krise um Nordkoreas Atomwaffen macht eines deutlich: Der Atomwaffensperrvertrag kann weitere atomare Aufrüstung und neue Atomwaffenstaaten nicht verhindern! Die Menschheit und die Staatenwelt brauchen den Verbotsvertrag! Nur ein Atomwaffenverbot führt aus der Sackgasse atomarer Geiselhaft heraus.

Die Bundesregierung kann und muss zur Lösung dieser Krise beitragen, indem sie endlich eigene Schritte der atomaren Abrüstung vollzieht, das heißt, das US-Atomwaffenlager in Büchel aufgibt und den Atomwaffenverbotsvertrag unterschreibt. Als Mittelmacht und als NATO-Staat würde dieser Schritt Deutschlands maßgeblich zum Aufbau einer atomwaffenfreien Welt beitragen.